



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Pakistan



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Oktober 2009
Zusammengestellt von: Marc von Boemcken

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG.....	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan	6
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	8
2.3	Militärausgaben Pakistans	9
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	10
2.5	Streitkräftestruktur	11
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	12
2.7	Rolle des Militärs in der Gesellschaft.....	16
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX.....	18
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Pakistan.....	18
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.....	18
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	21
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	23
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	24
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	25
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	26
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	27

1 ZUSAMMENFASSUNG

Der militärische Sektor in Pakistan

Wie in vielen anderen asiatischen Staaten, ist auch in Pakistan die Mischung aus westlichen und östlichen Waffensystemen besonders auffällig. Größter Rüstungslieferant Pakistans in den Jahren 1995-2002 war die Ukraine. In den Jahren 2001-2005 hat dagegen Russland eine bei weitem wichtigere Position als Rüstungslieferant eingenommen. Auch deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan sind in den Jahren 2004 und 2005 stark gestiegen; nach Angaben der Bundesregierung war Pakistan 2005 der viertwichtigste Abnehmer deutscher Rüstungswaren außerhalb der NATO, gemessen an den Genehmigungen nach Außenwirtschaftsgesetz. Ein traditionell wichtiger Lieferant ist die Volksrepublik China. Vor allem während des verschärften US-amerikanischen Sanktionsregimes in den frühen 1990er Jahren spielten chinesische Waffenlieferungen eine entscheidende Rolle, um den hohen Rüstungsbedarf der pakistanischen Streitkräfte weiterhin zu decken. Die US-Sanktionen wurden jedoch bereits 1995 von der Clinton Regierung ausgesetzt. Mit der Aufhebung der letzten amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Pakistan im März 2003 und ersten Erfolgen bei der Bekämpfung von Terroristen, versprach die damalige US-Regierung ein drei Milliarden US-Dollar Paket an Entwicklungs- und Sicherheitshilfe für Pakistan. Insgesamt haben US-amerikanische Lieferungen in den letzten Jahren zugenommen, da Pakistan als wichtiger Verbündeter im „Kampf gegen den Terror“ umfassende militärische Unterstützung von den USA zur Terrorismusbekämpfung im eigenen Land erhält. Neben den Vereinigten Staaten hat sich vor allem Frankreich als ein weiterer wichtiger westlicher Zulieferer von Waffensystemen hervorgetan.

Erklärtes Ziel der pakistanischen Verteidigungspolitik ist es, sich von unsicheren Rüstungsexporten über See- und Landverbindungen unabhängig zu machen. Der älteste Rüstungsproduzent Pakistans, die „Pakistan Ordnance Factory“ (POF) bei Rawalpindi wurde bereits 1951 gegründet. Mit insgesamt 14 Fabrikanlagen stellt die POF heute den größten rüstungsindustriellen Komplex des Landes dar. Sie produziert mit Lizenz von Heckler & Koch Kleinwaffen sowie Munition und Explosivstoffe, darunter auch Landminen. Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge werden von „Heavy Industries Taxila“ (HIT) hergestellt. Die derzeit ehrgeizigsten Rüstungsvorhaben sind auf dem Marinesektor zu finden. Hier hat über die letzten Jahre eine Vielzahl geschickter Technologietransfers die Marinewerft in Karachi dazu befähigt, moderne U-Boote, Patrouillenschiffe und Minenräumer herzustellen. Pakistan hatte bereits in den frühen 1970er Jahren mit seinem ehrgeizigen Atomwaffenprogramm begonnen. Die von den 40km südlich von Islamabad gelegenen Khan Research Laboratories vorangetriebene Entwicklung der „islamischen Bombe“ befähigte Pakistan schließlich dazu, als erstes muslimisches Land nukleare Sprengsätze herzustellen.

Pakistan besitzt eine der größten Armeen der Welt. Die Soldaten sind im Allgemeinen gut ausgebildet und diszipliniert. Inzwischen drohen viele der konventionellen Waffensysteme Pakistans jedoch zu veralten, weshalb nicht-konventionelle, strategische Waffen für die pakistanische Militär- und Verteidigungsdoktrin an Bedeutung gewinnen. Die U-Boot-Flotte genießt eine ausgesprochen hohe Priorität in der pakistanischen Marine. Von allen Teilstreitkräften ist die pakistanische Luftwaffe – vor allem im Vergleich zu der Stärke der indischen Luftwaffe – wohl qualitativ am schwächsten.

Das Nationalbewusstsein Pakistans definiert sich fast ausschließlich über die herausragende Rolle der Streitkräfte, vor allem des Heeres, in der Gesellschaft. Seit der Unabhängigkeit bildet das aus Teilen der British Indian Army entstandene Militär die kohäsivste nationale Gruppe. In der Tat ist erst durch die Streitkräfte vorangetrieben worden, dass sich der Gedanke vom „Islamischen Staat Pakistan“, dessen raison d'être einer kontinuierlichen Praktik der Differenzierung vom hinduistischen und säkularen Indien bedarf, manifestierte. Die durch die notwendige Wahrnehmung einer externen Bedrohung konstituierte Macht des pakistanischen Militärs hat ganz entscheidende Folgen für den pakistanischen Staat an sich, insbesondere für

seine interne, zwischen Demokratie und Militärdiktatur oszillierende Regierungsform. Bei fast jeder größeren Krise einer demokratisch gewählten Regierung intervenierte bisher das Militär. Dies hatte zur Folge, dass Pakistan für mehr als die Hälfte seiner Geschichte nicht von gewählten Volksvertretern, sondern von Generälen regiert wurde. Demokratische Institutionen und Strukturen konnten sich im Schatten des allmächtigen Streitkräfteapparates nur sehr bedingt und eingeschränkt etablieren. Meist scheinen sie vom Militär lediglich geduldet, nicht aber respektiert zu sein. Doch nicht nur gesellschaftlich und politisch, sondern auch wirtschaftlich ist das Militär von großer Bedeutung. Es ist die wichtigste Wirtschaftsmacht des Landes und hat mittlerweile ein undurchsichtiges Firmenimperium aufgebaut. Aktive und pensionierte Offiziere finden sich in Führungspositionen wieder und erhalten oftmals hohe Subventionen.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Pakistan ist einer Reihe von wichtigen Abrüstungsabkommen nicht beigetreten. Dies kann vor allem auf das in Pakistan vorherrschende Gefühl der eigenen Unsicherheit, bezüglich des vom indischen Nachbarn ausgehenden Bedrohungspotenzials zurückgeführt werden. Durch die Nicht-Mitgliedschaft im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) gilt Pakistan, genauso wie Indien und Israel, als inoffizielle Atommacht. Pakistan hat einige wichtige UN-Menschenrechtsabkommen zwar unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. Obwohl die Verfassung umfangreiche Bestimmungen zum Schutz von Menschenrechten enthält, gilt die Situation in Pakistan als schwierig. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Abschaffung der Todesstrafe von Minderjährigen, ihre neuerdings separate Inhaftierung und die in der Politik eingeführte Frauenquote. Besorgniserregend sind vor allem der hohe Grad an Korruption innerhalb des Justiz- und Polizeisystems sowie die weite Verbreitung von Kinderarbeit und die Situation von Frauen im Land.

In Pakistan gibt es einen internen Konflikt zwischen untereinander konkurrierenden Autonomieforderungen verschiedener ethnischer Gruppen einerseits und der Idee einer zentral-organisierten nationalen Einheit des Landes andererseits. Die daraus resultierende politische und ökonomische Benachteiligung von Minderheiten entlädt sich immer wieder in Phasen offener Auseinandersetzungen. Verschlimmert wird die Situation durch die weite Verbreitung von Kleinwaffen, die meist über die Grenze zu Afghanistan ins Land gelangen. Der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in vielen von der Drogen- und Waffenmafia kontrollierten Teilen der Stadt ist ein Indiz für die häufige Ohnmacht des Staatsapparates in den äußeren Provinzen des Landes. Die vom ehemaligen Präsidenten Musharraf nach den Ereignissen des 11. September 2001 initiierte Annäherung Pakistans an die Vereinigten Staaten führte in vielen Teilen des Landes zu einer erheblichen Radikalisierung militanter Islamistengruppen und einer weiten Verbreitung terroristischer Akte. Im Jahr 2008 kam es zu über 500 terroristischen Anschlägen unterschiedlichen Ausmaßes. Als Reaktion auf das 2007 verübte Attentat auf Benazir Bhutto drohte Pakistan in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand zu versinken. Besonders der bewaffnete Konflikt zwischen der neugeformten Rebellen Koalition Tehrik-i-Taliban Pakistan und pakistanischen Regierungstruppen löste Besorgnis aus. Nach wie vor gilt Pakistan als Rückzugsgebiet der Taliban und für ihr Widererstarken wird zu einem Großteil die pakistanische Unfähigkeit/ der Unwille zur entschlossenen Bekämpfung der Taliban im Inland verantwortlich gemacht. Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 war Pakistan eins der wenigen Länder, das diplomatische Beziehungen zum Taliban-Regime in Afghanistan unterhielt. Neben einem starken wirtschaftlichen Interesse an Afghanistan, ist Pakistan vor allem wegen der engen Stammesverflechtungen im Grenzgebiet von Bedeutung.

Die Lage in Südasien gilt wegen den andauernden Spannungen zwischen Pakistan und Indien, die beide als inoffizielle Atommächte gelten, als unsicher. Seit der Teilung des Subkontinents im Jahr 1947 ist der Kaschmir-Konflikt das zentrale Problem in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. Zusätzlich verschärft wird die gesamte Sicherheitslage der Region durch die weiterhin instabile Situation in Afghanistan.

Die formal existierenden Gesetze zu Waffenexportkontrollen in Pakistan geben theoretisch keinen Grund zur Kritik. Dennoch war Pakistan in der Vergangenheit in den Fokus des Interesses gerückt, nachdem bekannt wurde, dass der führende pakistanische Nuklearforscher und „Vater der pakistanischen (islamischen) Bombe“ Abdul Qadeer Khan Kopf eines internationalen Netzwerkes war, das illegal Technologien, atomwaffenfähiges Material und Know-how an Staaten wie Iran, Libyen und Nordkorea weitergegeben hat.

Die Gefahr, dass in Pakistan unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist sehr groß. Obwohl die Militärausgaben in den vergangenen Jahren leicht zurückgegangen sind und die Stärke der Streitkräfte seit mehreren Jahren konstant geblieben ist, sind die Militärausgaben insgesamt mit einem prozentualen Anteil von 21,7 % am Staathaushalt (2007) sehr hoch.

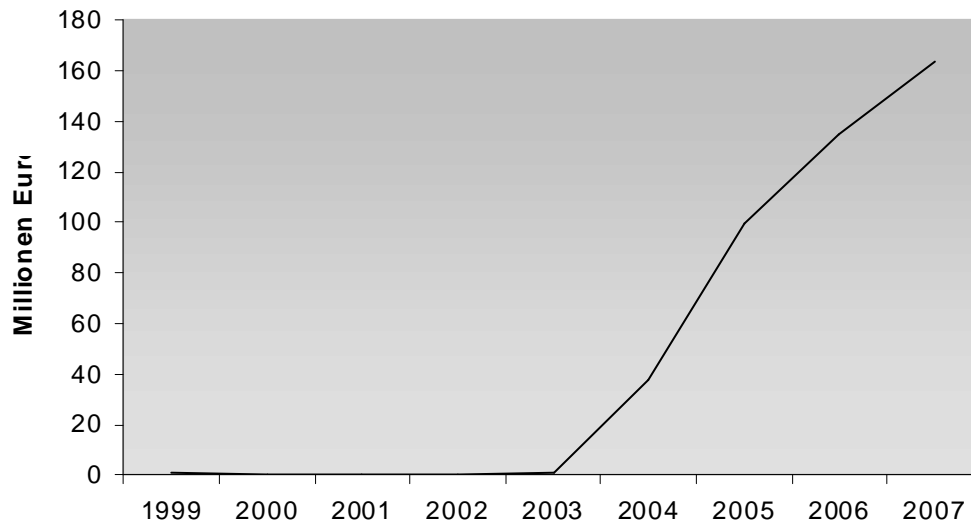
2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2007

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	Teile für elektronische Ausrüstung: 87,2%; Teile für U-Boote: 11,4%;	0,76
2000	Splitterschutzhelme und Körperschutzwesten: 74,8%; Revolver und Pistolen: 23,6%;	0,0073
2001	Munition für Jagd- und Sportwaffen, inkl. -teile: 55,2%; Teile für Sportpistolen und -revolver: 44,8%;	0,0025
2002	Gepanzerte Geländewagen (Personenschutz)	0,23
2003	Ersatzteile für früher aus Deutschland gelieferte Kommunikationsausrüstung und Radaranlagen: 87,1%;	0,89
2004	Datenverarbeitungs-ausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 70,5%; Sonaranlagen und Teile für U-Boote: 12,2%; Software für Funkgeräte und HF-Modem: 5,9%;	32,73
2005	Torpedos, Ausrüstung für Torpedos und Teile für Torpedos: 61,5%; Torpedo-Schießsimulatoren, Sonarsimulatoren und Teile für Torpedo- Schießsimulatoren: 21,0%;	99,73
2006	LKW und Teile für LKW: 37,5% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Mess- und Prüfausrüstung, Stromversorgungen: 26,5% Luftaufklärungssysteme: 20,0%	134,71
2007	Torpedos, Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper: 44,2%; Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 35,2%; Auswertanalagen für Torpedoübungsanlagen und Teile für Torpedoübungsanlage: 10,2%	163,82

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2007, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan, 1999-2007**Tabelle 2:** Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Pakistan, 1999-2008

Anzahl	Bezeichnung	Waffen-Kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
4	MTU-538	Dieselmotor	1990	1997-1999	4	
4	MTU-538	Dieselmotor	2003	2006	4	
59	DM-2A4	AS Torpedo	2005	2007-2008	59	Für Agosta 90-B U-Boote
30	Luna	Drohne	2006	2007-2008	30	
4	MTU-N-90	Dieselmotor	2006	2007	2	
250	M-113	Schützenpanzer	2007			Unklarer Status nachdem die deutsche Bundesregierung die Lieferung gestoppt hat
4	MTU-4000	Dieselmotor	2006	2007-2008	4	Für MRTP-33 Schnellboot aus türkischer Lieferung

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar:

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Zeitraum 1995-2005 keine kompletten Großwaffensysteme nach Pakistan geliefert. 2004 und 2005 ist trotzdem ein sehr starker Anstieg der deutschen Rüstungsexporte nach Pakistan zu verzeichnen, was auf Lieferungen von Munition, Teilen von Waffensystemen sowie Kommunikations- und Datenverarbeitungs-ausrüstung zurück zu führen ist.

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Pakistan 2004-2008, Mio. USD

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2004-2008
Summe	385	332	262	605	1.094	2.678

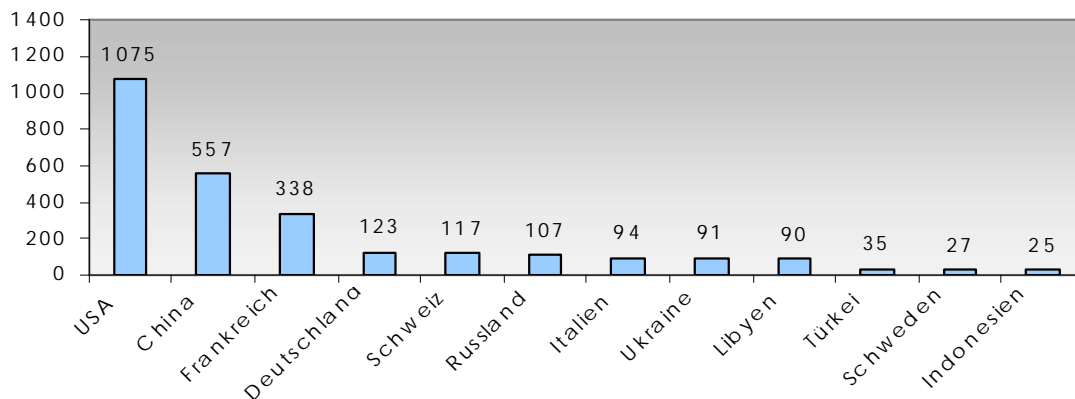
Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr
Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan 2004-2008, Mio. USD

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2004-2008
Summe	-	-	4	58	61	123

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Pakistan 2004-2008, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar:

Laut SIPRI-Jahrbuch 2009 nahm Pakistan 2004-2008 die 12. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wie in vielen anderen asiatischen Staaten, ist auch in Pakistan die Mischung aus westlichen und östlichen Waffensystemen besonders auffällig. Größter Rüstungslieferant Pakistans in den Jahren 1995-2002 war die Ukraine, die 1999 insgesamt 320 T-80D Kampfpanzer nach Pakistan exportierte. In den Jahren 2001-2005 hat dagegen Russland eine bei weitem wichtigere Position als Rüstungslieferant eingenommen. Auch deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan sind in den Jahren 2004 und 2005 stark gestiegen; nach Angaben der Bundesregierung war Pakistan 2005 der viertwichtigste Abnehmer deutscher Rüstungswaren außerhalb der NATO, gemessen an den Genehmigungen nach Außenwirtschaftsgesetz nach Südafrika, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Singapur.

Ein traditionell wichtiger Lieferant ist die Volksrepublik China. Vor allem während des

verschärften US-amerikanischen Sanktionsregimes in den frühen 1990er Jahren spielten chinesische Waffenlieferungen eine entscheidende Rolle, um den hohen Rüstungsbedarf der pakistanischen Streitkräfte weiterhin zu decken. Die US-Sanktionen wurden jedoch bereits 1995 von der Clinton Regierung für den Verkauf von US-amerikanischen Rüstungsgütern im Wert von 368 Millionen US-Dollar, darunter Orion Marineflugzeuge, Transporthubschrauber sowie Harpoon und AIM-9L Raketen, ausgesetzt. Mit der Aufhebung der letzten amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Pakistan im März 2003 und ersten Erfolgen bei der Bekämpfung von Terroristen, versprach die damalige US-Regierung ein drei Milliarden US-Dollar Paket an Entwicklungs- und Sicherheitshilfe für Pakistan. Insgesamt haben US-amerikanische Lieferungen in den letzten Jahren zugenommen, da Pakistan als wichtiger Verbündeter im „Kampf gegen den Terror“ umfassende militärische Unterstützung von den USA zur Terrorismusbekämpfung im eigenen Land erhält.

Neben den Vereinigten Staaten hat sich vor allem Frankreich, insbesondere durch die Lieferung der modernen Agosta 90 U-Boote, als ein weiterer wichtiger westlicher Zulieferer von Waffensystemen hervorgetan.

2.3 Militärausgaben Pakistans

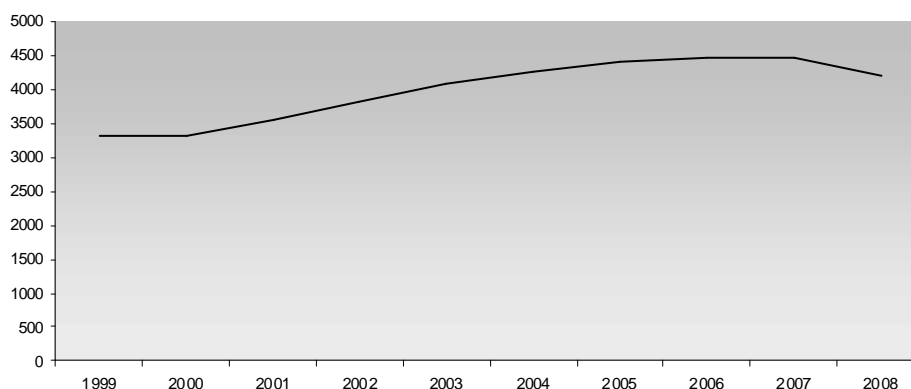
Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2004	2005	2006	2007	2008
Militärausgaben	4248	4412	4463	4468	4217
Anteil am BIP (in Prozent)	4,2	4,0	3,6	3,3	2,8
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	-	-	-	-	-

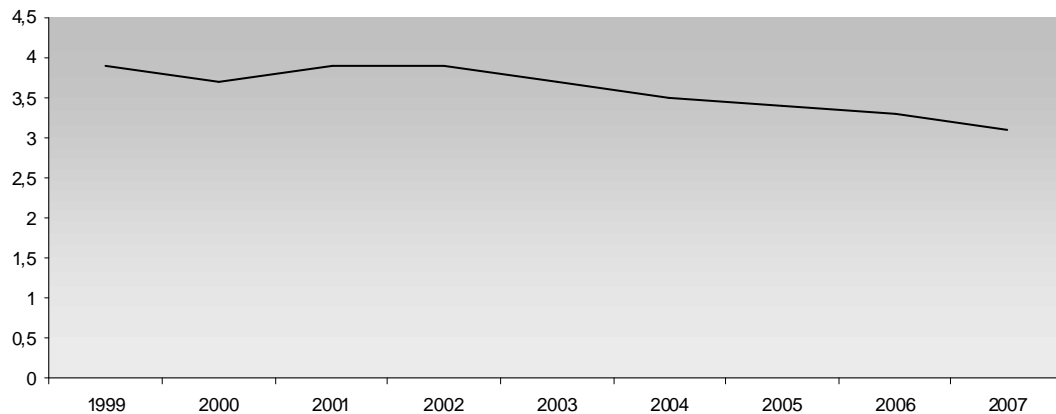
Alle Angaben in constant Mio. US\$ (2005). Die Angaben „Anteil am BIP“ für das Jahr 2008 basieren auf Schätzungen. Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009, Internationaler Währungsfond, World Development Indicators

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 1999 – 2008 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD 1998-2008
Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 1999 – 2007 (in Prozent)

Quelle: SIPRI Jahrbuch 2009

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Erklärtes Ziel der pakistanischen Verteidigungspolitik ist es, sich von unsicheren Rüstungsexporten über See- und Landverbindungen unabhängig zu machen, umso mehr seit sich Pakistan nicht mehr, wie in den frühen Zeiten des Kalten Krieges, auf Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten verlassen kann. Eigens zu diesem Zweck wurde im September 1991 das Ministry of Defence Production geschaffen und mit der Förderung und Koordination einer Reihe von Rüstungsbetrieben beauftragt. Als Pakistan 1947 unabhängig wurde, war seine industrielle Infrastruktur, ganz zu Schweigen von der Rüstungsindustrie, kaum entwickelt. Aufgrund seiner nur beschränkten wirtschaftlichen Kapazitäten erscheint es nach wie vor unwahrscheinlich, dass Pakistan seine ambitionierten rüstungspolitischen Zielsetzungen kurz- bis mittelfristig erreichen wird. Trotzdem sind die seit der Unabhängigkeit gemachten Fortschritte bemerkenswert.

Der älteste Rüstungsproduzent Pakistans, die „Pakistan Ordnance Factory“ (POF) bei Rawalpindi, wurde bereits 1951 gegründet. Mit insgesamt 14 Fabrikanlagen stellt die POF heute den größten rüstungsindustriellen Komplex des Landes dar. Sie produziert mit Lizenz von Heckler & Koch Kleinwaffen der Typen G-3, MG-3 und MP-5, sowie Munition und Explosivstoffe, darunter auch Landminen. Der Bedarf an Kleinwaffen und Munition der pakistanischen Streitkräfte kann somit zu 100 Prozent von der lokalen Rüstungsindustrie gedeckt werden.

Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge werden von „Heavy Industries Taxila“ (HIT) hergestellt. 1971 als „Heavy Rebuild Factory“ mit chinesischer Unterstützung gegründet, lag die ursprüngliche Aufgabe in der Kampfwertsteigerung der aus China importierten T-59 Panzer. Nachdem HIT 1992 um wesentliche Produktionskapazitäten erweitert wurde, konnte sie mit chinesischer Lizenz auch T-69 und T-85 Panzer selbstständig herstellen. HIT produziert den mit chinesischer und ukrainischer Unterstützung entwickelten modernen Kampfpanzer MBT 2000 Al-Khalid. Mittlerweile wird eine verbesserte Version, der Al-Khalid I, getestet. Über die noch weiter entwickelte und neueste Variante, den Al-Khalid II, sind bislang wenige Informationen an die Öffentlichkeit gelangt.

Die Entwicklung und Produktion eigener, moderner Militärflugzeuge ist Pakistan allerdings noch nicht möglich. Der „Pakistan Aeronautical Complex“ bei Kamra, nördlich von Islamabad, setzt zwar die Bauteile chinesischer F-7 und französischer Mirage-Jäger zusammen, ist aber nur dazu in der Lage, Trainingsflugzeuge, wie beispielsweise den Super

Mushshak, völlig eigenständig zu produzieren. Die derzeit ehrgeizigsten Rüstungsvorhaben sind auf dem Marinesektor zu finden. Hier haben über die letzten Jahre eine Vielzahl geschickter Technologietransfers die Marinewerft in Karachi dazu befähigt, moderne U-Boote, Patrouillenschiffe und Minenräumer herzustellen (siehe unten: Marine).

Pakistan hatte bereits in den frühen 1970er Jahren mit seinem ehrgeizigen Atomwaffenprogramm begonnen. Die von den 40km südlich von Islamabad gelegenen Khan Research Laboratories vorangetriebene Entwicklung der „islamischen Bombe“ befähigte Pakistan schließlich dazu, als erstes muslimisches Land nukleare Sprengsätze herzustellen. Konservativen Schätzungen zufolge ist Pakistan im Besitz von ca. 60 Atomsprengköpfen. Durch den 1998 fertig gestellten Khabab I Reaktor der jährlich etwa 10 bis 12 Kilogramm atomwaffenfähiges Plutonium herstellen kann, könnte Pakistan theoretisch jedoch über bis zu 100 Atomsprengköpfe verfügen. Laut Satellitenbildern aus dem Jahr 2008 stehen zwei weitere, leistungsfähigere Reaktoren kurz vor der Inbetriebnahme. Mit Hilfe dieser könnte Pakistan seine Plutoniumproduktion deutlich vervielfachen.

Pakistan verfügt außerdem über Kapazitäten, Langstreckenraketen zu produzieren. Dabei sind aber vermutlich nur die von der Space and Upper Atmosphere Research Commission (SUPARCO) entwickelten Hatf-1 und Hatf-2 Raketen, die über eine vergleichsweise kurze Reichweite verfügen, völlig eigenständige Produktionen. Die aus den Fabriken der Pakistan Atomic Energy Commission (PAEC) stammende Shaheen-Serie basiert dagegen augenscheinlich auf chinesischen Modellen. Ebenso ist die in Konkurrenz dazu von den Khan Research Laboratories entwickelte Ghauri offensichtlich ein Ableger der Nodong Rakete, welche Berichten zufolge im Tausch gegen Zentrifugentechnologie aus Nordkorea geliefert wurde.

Das Ministry of Defense Production strebt nicht nur an, ein in seinen Rüstungsbedürfnissen weitgehend autarkes Militär zu unterhalten, sondern versucht vor allem auch, eine ansteigende Gewinnmaximierung durch Rüstungsexporte zu gewährleisten. 2003 wurde daher mit großer Resonanz im Ausland die aufwendige Rüstungsmesse IDEAS 2004 in Pakistan abgehalten. Pakistan exportiert über 200 verschiedene Rüstungsgüter – von Kleinwaffen über Panzer bis zu Raketentechnologie – in mehr als 21 Staaten, darunter Malaysia, Indonesien, Thailand, Bangladesch, die Türkei, Saudi Arabien, Marokko, Libyen, Mauritius und andere afrikanische Länder.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Gesamtstärke der Streitkräfte:

617 000 aktiv, 513 000 Reservisten

- Heer: 550 000
- Marine: 22 000
- Luftwaffe: 45 000

Zusätzlich:

- Paramilitärische Einheiten: ca. 304 000 aktiv
 - § Grenz-Korps: bis zu 65.000 (gemeldet)
 - § Küstenwache: k.A.
 - § Maritime Security Agency : ca. 2000
 - § Nationalgarde: 185.000

- § Northern Light Infantry: ca. 12.000
- § Pakistan Rangers (unterstehen dem Innenministerium): bis zu 40.000

Quelle: IISS Military Balance 2009

Tabelle 5: Stärke der Streitkräfte, Trend 2000-2008

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Aktive in 1.000 (IISS)	620	620	620	619	619	619	619	619	619
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	3,8	4,3	4,2	4,2	4,0	4,0	4,0	3,9	3,8

Quellen:
IISS Military Balance, 2000-2008
UN-Statistics

Kommentar:

Pakistan besitzt die siebtgrößte Armee der Welt. Die Soldaten sind im Allgemeinen gut ausgebildet und diszipliniert. Als „Frontstaat“ gegen die Sowjetunion und Verbündeter des Westens während des Kalten Krieges konnte Pakistan seine Streitkräfte mit Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten ausrüsten. Außerdem besitzt Pakistan traditionell gute Beziehungen zu China, die sich durch die gemeinsame Wahrnehmung Indiens als eine regionale Bedrohung erklären lassen. So konnten in der Vergangenheit erhebliche Mengen an Rüstungsgütern, unabhängig vom westlichen Bündnis, aus China importiert werden. Inzwischen drohen viele der konventionellen Waffensysteme Pakistans jedoch zu veralten. Seit Ende des Kalten Krieges verhinderten vor allem die aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten resultierenden geringen Staatsressourcen sowie verschiedene von den Vereinigten Staaten initiierte Sanktionsregime, in den frühen 1990er Jahren eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte.

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Mehr als 2461	Davon 270 gelagert
Gepanzerte Mannschaftstransporter	1266	
Artillerie	Mehr als 4291	
Panzerabwehr	Mehr als 14.200	
Aufklärungsflugzeuge	30	
Transportflugzeuge	4	
Mehrzweckflugzeuge	90	
Kampfhubschrauber	26	
Transporthubschrauber	54	
Mehrzweckhubschrauber	81	
Ausbildungshubschrauber	22	
Drohnen	3	
Luftabwehr	Mehr als 4890	
Radar	2	
Raketen	166	u.a.: Haft-1, Shaheen-1, Ghauri

Kommentar:

Als ehemalige Kolonialarmee ist das Heer noch immer nach britischem Vorbild strukturiert. Im Falle einer Mobilmachung der Reservisten können bis zu 1 Million Soldaten aufgestellt werden. Pakistan besitzt zwar weniger schwere Waffen als sein indischer Nachbar, im Allgemeinen sind die Waffensysteme, vor allem die Kampfpanzer, aber besser gewartet. Trotzdem sieht sich das Heer mit einigen Problemen konfrontiert. So sind zum Beispiel die gepanzerten Fahrzeuge, mit Ausnahme der 320 ukrainischen T-80, hoffnungslos veraltet. Die konventionellen Offensivkapazitäten sind deshalb, auch aufgrund der nur geringen Anzahl an Kampfhubschraubern, äußerst eingeschränkt. Die derzeitige Zusammenarbeit mit China und der Ukraine bei der Produktion des modernen MBT-2000 Al Khalid Kampfpanzers soll hier Abhilfe schaffen. In den kommenden Jahren sollen insgesamt 600 dieser Panzer ältere Modelle wie beispielsweise den M-48 ersetzen. Mit einer jährlichen Produktionsrate von 45 bis 60 Stück wird davon ausgegangen, dass im Mai 2008 bereits 220 der Panzer eingegliedert worden waren.

Aufgrund der mangelhaften konventionellen Fähigkeiten gewinnen nicht-konventionelle, strategische Waffen für die pakistanische Militär- und Verteidigungsdoktrin an Bedeutung. Besaß die in den 1980er Jahren entwickelte Hatf-1 Kurzstreckenrakete noch keine nukleare Trägerfähigkeit, konnte aus den 1987 von China gelieferten Komponenten der M-11 Rakete eine entsprechende neue Raketengeneration entwickelt werden, die dazu in der Lage war, Atomsprenköpfe zu transportieren. Heute besitzt Pakistan zwei Kurzstreckenraketen, die Atomwaffensprengköpfe transportieren können. Die Ghaznavi (Haft-3) wurde das letzte Mal im Februar 2008 getestet und befindet sich seit 2004 im Arsenal, die Shaheen (Haft-4) ist seit 2003 eingeführt und wurde das letzte Mal im Januar 2008 getestet. Da Kurzstreckenraketen jedoch nicht in der Lage wären, größere indische Bevölkerungszentren, wie etwa Neu Delhi zu treffen, sind Mittelstreckenraketen für Pakistan von besonderem Interesse. Die einzige derartige Rakete, die Pakistan momentan in Dienst hat, ist die Ghauri I (Haft-5). Geheimdiensten zufolge scheint die Ghauri-Technologie jedoch weniger auf der chinesischen M-11 als auf der nordkoreanischen Nodong Rakete zu basieren. Im Februar 2004 hat Pakistans führender Nuklearforscher Abdul Qadeer Khan, auch bekannt als „Vater der pakistanischen Atombombe“, gestanden, zwischen 1986 und 1993 im Tausch gegen Raketentechnologie wichtige Informationen zur Herstellung von Atomwaffen an Nordkorea weitergegeben zu haben. Außerdem bemüht sich Pakistan um die Entwicklung der Shaheen II Rakete. Im April 2008 wurden zwei offenbar erfolgreiche Tests dieser Rakete verkündet. Mit einer Reichweite von bis zu 2500 Kilometern könnte die Rakete Ziele in ganz Indien und darüber hinaus treffen. Außerdem arbeitet Pakistan gerade an der Entwicklung von Marschflugkörpern, die Atomsprenköpfe befördern können. Der Babur (Haft-7) soll in seiner Reichweite von 700 Kilometern auf 1000 erweitert werden, im Dezember 2007 führte Pakistan den vierten Testflug des Marschflugkörpers durch.

Daneben plant Pakistan die eigene Herstellung einzelner Komponenten der Falco Drohne, die bislang noch in Italien produziert werden. Die Produktion im Inland soll die Importabhängigkeit reduzieren.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	5	
Fregatten	6	
Patrouillenboote	8	
Minenboote	3	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	10	

Marineflieger:

- 16 Seepatrouillenflugzeuge (alle kampffähig)

- 9 Hubschrauber zur U-Boot Abwehr
- 6 Mehrzweckhubschrauber
- Raketen

Kommentar:

Im Zuge US-amerikanischer Sanktionen Anfang der 1990er Jahre musste Pakistan acht von der US Regierung „geleaste“ Schiffe der Garcia- und Brooks-Klasse wieder zurückgeben. Als Ersatz erwarb Pakistan zwei Fregatten der Leander- und sechs Fregatten der Amazon-Klasse von Großbritannien. Im April 2005 hat Pakistan darüber hinaus einen lange geplanten Vertrag über die Herstellung und Lieferung von vier chinesischen F-22 Fregatten (Jiangwei II-Klasse) abgeschlossen. Die Auslieferung des ersten Schiffs soll 2009 stattfinden, die restlichen drei sollen bis 2013 folgen, wobei das letzte der Schiffe in Pakistan selbst gebaut werden soll. Daneben wurden sieben P-3C Orions general überholt und nun wieder eingegliedert.

Die U-Boot-Flotte genießt eine ausgesprochen hohe Priorität in der pakistanischen Marine. Seit 1994 werden die vier in den 1970er Jahren aus Frankreich importierten U-Boote der Daphné-Klasse durch drei moderne Agosta 90B U-Boote ersetzt. Ähnlich der bestellten chinesischen Fregatten, involviert auch diese Anschaffung einen wichtigen Technologietransfer. Wurde das erste Boot noch in Frankreich gebaut, wird das zweite mit französischen Bauteilen und Werfthilfe in Pakistan selbst zusammengesetzt. Das dritte U-Boot soll schließlich vollständig in Pakistan produziert werden. Berichten zufolge denkt Pakistan bereits darüber nach, mit dem gewonnenen Know-how weitere Boote zu Exportzwecken herzustellen, und befindet sich bereits in entsprechenden Verhandlungen mit drei asiatischen Ländern. Die Akquise der drei Minenräumer der Eridan-, bzw. Munsif-Klasse aus Frankreich zwischen 1992 und 1998 folgte dem gleichen Muster. Kamen die ersten beiden noch aus französischer Produktion, wurde das dritte vollständig in Karachi gefertigt.

Der Auslöser für diese ambitionierte Serie von Technologietransfers war das Sanktionsregime der Vereinigten Staaten Anfang der 1990er Jahre, durch das die pakistanische Marine in kurzer Zeit erheblich geschwächt wurde. Mittelfristiges Ziel ist deshalb der Aufbau einer unabhängigen, eigenen Rüstungsindustrie für die Marine. Bei der Herstellung kleinerer Schiffe wurde dieses Ziel bereits erreicht, wie der einheimische Bau der beiden Jalalat II Raketenboote und des immerhin 180 Tonnen schweren Larkana Patrouillenschiffes Mitte der 1990er Jahre zeigen.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen ThyssenKrupp Marine Systems und Pakistan über die Lieferung von drei U-Booten des Typs U-214 kamen bislang noch zu keinem Ergebnis, da der Bundessicherheitsrat frühestens Ende 2009 über die Ausfuhrgenehmigung entscheiden will.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar	Deutsche Herkunft
Jagdbomber	233	Zusätzlich mehr als 150 JF-17 Thunder bestellt	
Abfangjäger	104		
Aufklärer	15	Alle kampffähig	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	2		
Transportflugzeuge	25		
Ausbildungsflugzeuge	183	Davon 31 kampffähig	
Helikopter	19		
Luftabwehr	Mehr als 150		
Radar	Mehr als 51		
Raketen	k.A.	u.a.: AGM-65 Maverick, Super 530	

Kommentar:

Von allen Teilstreitkräften ist die pakistanische Luftwaffe – vor allem im Vergleich zu der Stärke der indischen Luftwaffe – wohl qualitativ am schwächsten. Die Mirage Bomber sind größtenteils veraltet und es wurde deshalb eine Aufstockung der Luftwaffe durch die US-amerikanischen F-16-Jäger, die auch nukleare Sprengköpfe abfeuern können, vereinbart. Die Flugzeuglieferung wurde sehr lange vom US-Kongress verhindert. Nachdem die Lieferung von 28 bereits bezahlten F-16 seit 1990 von den Vereinigten Staaten aufgeschoben worden war, wurde die pakistanische Regierung schließlich im August 2003 finanziell entschädigt. Als Teil eines Hilfspaketes der Vereinigten Staaten an Pakistan in der Höhe von drei Milliarden US\$ wird die US-Regierung der pakistanischen Luftwaffe allerdings sechs C-130 Hercules Transportflugzeuge überlassen. Im Rahmen des Excess Defence Article Programme komplettierten die USA 2008 mit den verbleibenden vier F-16 ihre Lieferungen von insgesamt 14 F-16 Jagdbombern an Pakistan. Außerdem genehmigten die USA den Verkauf von 20 instandgesetzten T-37 Ausbildungsflugzeugen, so wie einer nicht weiter benannten Zahl von AH-1F Cobra Angriffshubschraubern.

Berichten zufolge erwartet Pakistan in naher Zukunft die Ankunft von acht AWACS-Flugzeugen, vier aus China, vier aus Schweden.

Nach der Lieferung von acht JF-17 (pakistanisch-chinesische Kooperation) von China nach Pakistan, hat 2008 die weitere Produktion der JF-17 in Pakistan ihre Arbeit aufgenommen. Im November 2009 wurde zusätzlich bekannt, dass Pakistan einen Vertrag mit China über die Lieferung von 36 Jian-10 (FC-20) Jagdbombern im Wert von 1,4 Milliarden US Dollar unterzeichnet hat.

Des Weiteren bemüht sich Pakistan um die Entwicklung von luftgestützten Marschflugkörpern, die in der Lage sind, Atomwaffensprengköpfe zu befördern. Von dem Babur (Haft-7) soll eine Version entstehen, die von F-16 und JF-17 transportiert werden könnte und eine Reichweite von bis zu 1000 Kilometern erlangen soll. Der zweite sich in der Entwicklung befindende luftgestützte Marschflugkörper, Ra'ad (Haft-8), soll über eine Reichweite von 350 Kilometern verfügen und wurde 2007 transportiert von einem Mirage Jagdbomber getestet.

Paramilitärische Einheiten:

- Grenz-Korps: 45 gepanzerte Fahrzeuge (UR-416)
- Küstenwache: 5 Patrouillenboote, 23 andere
- Maritime Security Agency : 7 Patrouillenboote, 1 Zerstörer (Nazim)
- Nationalgarde: k.A.
- Northern Light Infantry: k.A
- Pakistan Rangers (unterstehen dem Innenministerium): k.A.

Peacekeeping:

- Burundi (BINUB): 1 Beobachter
- Zentralafrikanische Republik/ Tschad (MINURCAT): Beobachter
- Côte d'Ivoire (UNOCI): 1.136; 9 Beobachter
- Dem. Rep. Kongo (MONUC): 3.588; 53 Beobachter
- Georgien (UNOMIG): 10 Beobachter
- Liberia (UNMIL): 3.401; 14 Beobachter
- Serbien (UNMIK): 1 Beobachter
- Sierra Leone (UNIOSIL): 1 Beobachter

- Sudan (UNAMID): 24
- Sudan (UNMIS): 1.562; 15 Beobachter
- Timor Leste (UNMIT): 4 Beobachter
- Westsahara (MINURSO): 8 Beobachter

UN-Peacekeeping Missionen im Inland:

- UNO (UNMOGIP): 44 Militärbeobachter aus 9 Ländern

2.7 Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Pakistan ist, wie viele andere postkoloniale Staaten auch, ein in nur wenigen Jahren geschaffenes Kunstprodukt. Erdacht als ein eigenständiger islamischer Staat für die muslimische Bevölkerung der ehemaligen britischen Kolonie in Indien, konstituiert Pakistan seine Identität weniger durch die historischen und kulturellen Überlieferungen der seinem Territorium inwohnenden Volksgruppen, als vielmehr durch die Repräsentation der eigenen Legitimität als notwendiges Gegengewicht zum säkularen Nachbarstaat Indien. Hierbei spielen die Streitkräfte Pakistans eine zentrale und unverzichtbare Rolle. Ihre Funktion, ein homogenes Staatsgefüge im Inneren mittels der kontinuierlichen Identifikation einer heterogenen Bedrohungskulisse im Äußeren zu reproduzieren, ist in der Tat so unabdingbar für den Zusammenhalt des Landes, dass die Bedeutung ziviler Autorität allerhöchstens eine sekundäre Position im Wertekanon der pakistanischen Gesellschaft einnimmt.

Wenige Monate nachdem Pakistan im sogenannten „Kargil“-Konflikt seine Truppen aus dem indischen Teil Kaschmirs zurückziehen musste, stürzte das Militär im Oktober 1999 unter Führung von General Pervez Musharraf, der dem damaligen Premierminister Nawaz Sharif offen Feigheit vorgeworfen hatte, die zwar unpopuläre, aber demokratisch legitimierte und zivile Regierung. Es war bereits der dritte Militärputsch in Pakistans nur knapp über 50 Jahre jungen Geschichte. General Musharraf ließ sich zum neuen Präsidenten Pakistans ausrufen und versprach, mit aller Härte gegen die unter der zivilen Regierung weit verbreitete Korruption im Staatsapparat vorzugehen sowie die angeschlagene Wirtschaft des hoch verschuldeten Landes grundlegend zu sanieren. Kurze Zeit später bestätigte der Oberste Gerichtshof Pakistans seine Machtübernahme und erklärte sie für die Dauer von drei Jahren für rechtsgültig. Der vermeintliche Übergang von einer Militär- zu einer Zivilverwaltung wurde im Oktober 2002 durch das Abhalten der Parlamentswahlen, in der ein zwar ziviler aber militärnaher Premierminister gewählt wurde, symbolisch besiegelt. Das Militär nimmt allerdings weiterhin eine Schlüsselposition in der pakistanischen Politik ein. So behielt sich Musharraf das Recht vor, das gewählte Parlament jederzeit auflösen zu können. Durch eine kontroverse Verfassungsänderung wurde im Dezember 2003 zudem die schon immer prominente Rolle des Militärs in der Staatsführung erstmals formalisiert, in dem Musharraf einen sich hauptsächlich aus hohen Offizieren zusammensetzenden Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council – NSC) ins Leben rief. Dieser soll Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse bei Fragen der „Souveränität, Integrität und Sicherheit“ Pakistans nehmen – für Kritiker ein „Super-Parlament“, das die bisher nur implizit anerkannte Vormacht des Militärs in Pakistans politischer Machtstruktur de facto institutionalisiert.

Diese jüngsten Entwicklungen illustrieren eine ganz besondere pakistanische Eigenart, das Nationalbewusstsein des Landes fast ausschließlich über die herausragende Rolle der Streitkräfte, vor allem des Heeres, in der Gesellschaft zu definieren. Seit der Unabhängigkeit bildet das aus Teilen der British Indian Army entstandene Militär die kohäsivste nationale Gruppe. In der Tat ist erst durch die Streitkräfte vorangetrieben worden, dass sich der Gedanke vom „Islamischen Staat Pakistan“, dessen raison d’être einer kontinuierlichen Praktik der Differenzierung vom hinduistischen und säkularen Indien bedarf, manifestierte. Der Streit

um die Provinz Kaschmir wäre somit nicht der Ursprung, sondern vielmehr die Folge einer in der eigenen Identitätsbildung verwurzelten Struktur der scheinbar ewigen Feindschaft, die in der Vergangenheit trotz limitierter Ressourcen auf beiden Seiten immer wieder in offene Kriege ausuferte. Die pakistanische Autorin Ayesha Siddiqa sagte treffend: „Every country has an army, but the Pakistani army has a country“.

Die durch die notwendige Wahrnehmung einer externen Bedrohung konstituierte Macht des pakistanischen Militärs hat ganz entscheidende Folgen für den pakistanischen Staat an sich, insbesondere für seine interne, zwischen Demokratie und Militärdiktatur oszillierende Regierungsform. Bei fast jeder größeren Krise einer demokratisch gewählten Regierung intervenierte bisher das Militär. Dies hatte zur Folge, dass Pakistan für mehr als die Hälfte seiner Geschichte nicht von gewählten Volksvertretern, sondern von Generälen regiert wurde. Demokratische Institutionen und Strukturen konnten sich im Schatten des allmächtigen Streitkräfteapparates nur sehr bedingt und eingeschränkt etablieren. Meist scheinen sie vom Militär lediglich geduldet, nicht aber respektiert zu sein.

Doch nicht nur gesellschaftlich und politisch, sondern auch wirtschaftlich ist das Militär von großer Bedeutung. Es ist die wichtigste Wirtschaftsmacht des Landes und hat mittlerweile ein undurchsichtiges Firmenimperium aufgebaut. Aktive und pensionierte Offiziere finden sich in Führungspositionen wieder und erhalten oftmals hohe Subventionen. Die Produktpalette der angesprochenen Firmen reicht dabei von Panzern über Zement bis zu Müsli.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Pakistan

Mitgliedschaft in zentralen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status Pakistan	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1925	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009

Kommentar:

Pakistan ist einer Reihe von wichtigen Abrüstungsabkommen nicht beigetreten. Dies kann vor allem auf das in Pakistan vorherrschende Gefühl der eigenen Unsicherheit bezüglich des vom indischen Nachbarn ausgehenden Bedrohungspotenzials zurückgeführt werden. Durch die Nicht-Mitgliedschaft im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) gilt Pakistan, genauso wie Indien und Israel, als inoffizielle Atommacht. Offizielle Atomkräfte sind nur diejenigen Staaten, die vor dem 1. Januar 1967 einen Atomwaffentest durchgeführt haben (USA, Russland, Großbritannien, China, Frankreich). Bisher hat Pakistan auch den Beitritt zum noch nicht Inkraft getretenen Umfassenden Teststoppvertrag abgelehnt. Dieser tritt erst in Kraft, wenn 44 festgelegte Länder, die allesamt über einen atomaren und/ oder nuklearen Forschungsreaktor verfügen, ratifiziert haben. Der Nicht-Beitritt Pakistans zur Anti-Personenminen-Konvention kann ebenfalls als eine militärstrategische Entscheidung vor dem Hintergrund des indisch-pakistanischen Konfliktes gesehen werden. Einem Bericht des Landmine Monitor zufolge besaß Pakistan im Jahre 2003 mindestens sechs Millionen Anti-Personenminen, die in eigener Produktion hergestellt wurden.

Derzeit sind keine Sanktionen der EU und den Vereinten Nationen gegen Pakistan in Kraft.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status Pakistan	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle	Beigetreten	http://treaties.un.org

Rechte vom 19. Dezember 1966

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) vom 18. Dezember 1979	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW von 1999	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie von 2000	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten von 2000	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Pakistan, 2008 (2009):

Despite some improvements after the state of emergency at the end of the previous year, the human rights situation remained poor. Major problems included extrajudicial killings, torture, and disappearances. There were also instances in which local police acted independently of government authority. Collective punishment was a problem particularly in the Federally Administered Tribal Areas (FATA), which falls under the legal framework of the Frontier Crimes Regulation (FCR). Lengthy trial delays and failures to discipline and prosecute those responsible for abuses consistently contributed to a culture of impunity. Poor prison conditions, arbitrary arrest, and lengthy pretrial detention remained problems, as did a lack of judicial independence. Corruption was widespread within the government and police forces, and the government made few attempts to combat the problem. Although implementation of the 2006 Women's Protection Act somewhat improved women's rights, rape, domestic violence, and abuse against women remained serious problems. Honor crimes and discriminatory legislation affected women and religious minorities respectively. Religious freedom violations and inter-sectarian religious conflict continued. Widespread trafficking in persons, child labor, and exploitation of indentured and bonded children were ongoing problems. Child abuse, commercial sexual exploitation of children, discrimination against persons with disabilities, and worker rights remained concerns.

Military operations in the FATA and the Northwest Frontier Province (NWFP) killed approximately 1,150 civilians, and militant attacks in FATA and NWFP killed 825 more civilians. Sectarian violence in the country, most notably in Kurram Agency, killed approximately 1,125 individuals. More than 65 suicide bombings throughout the country killed an estimated 970 individuals. In Balochistan, the low-level insurgency killed approximately 125 civilians, according to media reports. Ongoing battles with militants created a fluctuating number of internally displaced persons (IDPs), but at year's end there were an estimated 200,000 IDPs in the NWFP and FATA. Flooding in Punjab and NWFP and an earthquake in Balochistan displaced an additional 300,000 persons.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2008, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/sca/119139.htm>

3.2.3 Auszüge aus dem Jahresbericht von Amnesty International von 2009

Im Februar wurde eine neue Zivilregierung gewählt. Diese ließ zwar einige Gefangene frei, die während des Ausnahmezustands im November 2007 inhaftiert worden waren, ihr Versprechen, den Schutz der Menschenrechte sicherzustellen, erfüllte sie aber nur unzureichend. Es gab weiterhin Berichte über Folterungen, Todesfälle in Gewahrsam, Übergriffe gegen Minderheiten und das "Verschwindenlassen" von Menschen sowie über Morde im Namen der "Familienehre" und familiäre Gewalt. Die neue Regierung kündigte an, sie würde alle Todesurteile in lebenslange Haftstrafen umwandeln. Doch wurden nach dieser Ankündigung noch mindestens 16 Menschen hingerichtet. Insgesamt wurden im Laufe des Jahres mindestens 36 Todesurteile vollstreckt. Die Gewalt in den Stammesgebieten an der afghanischen Grenze griff auf andere Teile des Landes über. Mitglieder der pakistanischen Taliban waren für Entführungen, Morde an Zivilisten und Gewalt gegen Frauen und Mädchen verantwortlich.

Quelle: Amnesty International Report 2009: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/pakistan>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House (2009)

Bewertung für Pakistan auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 5
- Politische Rechte: 4
- Gesamtbewertung: Teilweise frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht wird.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2009):

An opposition coalition comprised of the Pakistan People's Party (PPP) and the Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N) soundly defeated the party associated with military ruler Pervez Musharraf in February 2008 parliamentary elections. The coalition formed a government in March, though it soon faced internal disagreements over the issue of reinstating judges dismissed by Musharraf in late 2007. Under threat of impeachment, Musharraf stepped down as president in August, paving the way for the election of PPP leader Asif Ali Zardari to replace him in September. Despite substantial openings in the political environment during the year, a range of human rights abuses—including arbitrary arrests, harassment of journalists, and violations of women's and minority rights—continued to be a concern. In addition, as Islamist militants extended their influence in the country, terrorist violence escalated dramatically.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2009&country=7678>

Kommentar:

Pakistan hat einige wichtige UN-Menschenrechtsabkommen zwar unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. Obwohl die Verfassung umfangreiche Bestimmungen zum Schutz von Menschenrechten enthält, gilt die Situation in Pakistan als schwierig. Zu den positiven

Entwicklungen gehören die Abschaffung der Todesstrafe von Minderjährigen, ihre neuerdings separate Inhaftierung und die in der Politik eingeführte Frauenquote. Besorgniserregend sind vor allem der hohe Grad an Korruption innerhalb des Justiz- und Polizeisystems sowie die weite Verbreitung von Kinderarbeit. Obgleich Pakistan die Kinderrechtskonvention ratifiziert hat und Kinderarbeit in der Verfassung als illegal eingestuft wird, gehen NGO-Schätzungen von bis zu fünf Millionen Kindern und Jugendlichen aus, die meist in der Landwirtschaft arbeiten. Ebenfalls besorgniserregend ist nach wie vor die Lage der Frau. Auch hier ist Pakistan zwar dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau beigetreten und verfassungsrechtlich ist ebenfalls ein Diskriminierungsverbot der Frau festgehalten, dennoch sind Frauen aufgrund der Anwendung islamisch geprägter Rechtsvorschriften oftmals schlechter gestellt als Männer. Dies wird besonders deutlich an der deutlich niedrigeren Alphabetisierungsrate von Frauen (realistische Schätzungen gehen von ca. 24% aus) im Gegensatz zu Männern (59%).

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtiges Amtes (Stand: März 2009):

Pakistan ist ein Bundesstaat mit den vier Provinzen Punjab, Sindh, Baluchistan, North West Frontier (NWFP), den "Federally Administered Tribal Areas" (FATA) und den "Northern Areas". Dies sind von dem früheren Fürstentum Kaschmir abgetrennte Gebirgsgebiete im Norden Pakistans ohne Provinzcharakter oder Repräsentation. Dazu kommt das weitgehend selbst verwaltete, finanziell aber von der Zentralregierung in Islamabad abhängige Azad Jammu & Kashmir ("freies Kaschmir"), der auf der pakistanischen Seite der Demarkationslinie ("Line of Control") zwischen Indien und Pakistan liegende Teil Kaschmirs.

Aus den Parlamentswahlen am 18. Februar 2008 war die bisher oppositionelle Pakistan Peoples Party (PPP) unter der Führung von Asif Ali Zardari, dem Witwer von Benazir Bhutto, als klare Siegerin hervorgegangen. Ihre Parlamentsmehrheit reichte aber für eine Alleinregierung nicht aus. Sie schloss sich deshalb mit der zweitgrößten Partei, der PML-N des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif, und zwei kleineren Parteien zu einer Koalition zusammen. Yousaf Rana Gilani (PPP) wurde am 24. März 2008 zum Premierminister gewählt.

Präsident Musharraf, der am 29. November 2007 als ziviler Präsident für eine weitere fünfjährige Amtszeit vereidigt worden war, trat am 18. August 2008 angesichts eines drohenden Amtsenthebungsverfahrens zurück. Die zwischen Zardari und Sharif lange Zeit strittigen Fragen über den Umgang mit Präsident Musharraf und die Wiedereinsetzung der während des Notstands im November 2007 entlassenen Hohen Richter führten am 25. August 2008 zum Austritt der PML-N aus der Regierungskoalition.

Am 6. September wurde Zardari von der Nationalversammlung und den vier Provinzversammlungen zum neuen Präsidenten gewählt und am 9. September vereidigt.

Die pakistanische Regierung steht vor großen Herausforderungen. Insbesondere Wirtschaftsprobleme (Energiekrise, Preissteigerungen, Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit), die in den letzten Monaten stark gestiegene Zahl von schweren terroristischen Anschlägen und die fortdauernden Unruhen in den an Afghanistan grenzenden Stammesgebieten erfordern baldige und schwierige Entscheidungen.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Pakistan/Innenpolitik.html>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2009):

Im Jahresbericht 2009 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Pakistan auf Platz 139 (2008: Platz 134), zusammen mit Bangladesh, Weißrussland und den Philippinen. Deutschland liegt auf Platz 14.

Quelle: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table

Spannungen und interne Konflikte:

In Pakistan gibt es einen internen Konflikt zwischen untereinander konkurrierenden Autonomieforderungen verschiedener ethnischer Gruppen einerseits und der Idee einer zentral-organisierten nationalen Einheit des Landes andererseits. Letztere Vorstellung wird vor allem von der Volksgruppe der Punjab propagiert, die etwa 60 Prozent der pakistanischen Bevölkerung stellt und so gut wie alle Aspekte des öffentlichen Lebens, insbesondere innerhalb des Militärapparates, dominiert. Die daraus resultierende politische und ökonomische Benachteiligung von Minderheiten entlädt sich immer wieder in Phasen offener Auseinandersetzungen. Besonders betroffen ist Pakistans zweitgrößte Provinz Sindh und ihre Metropole Karachi. Dort kam es im Laufe der 1990er Jahre immer wieder zu gewaltsamen, teils sehr heftigen Unruhen zwischen einheimischen Sindh-Nationalisten und den 1947 aus Indien zugewanderten Muhajir, die beide sowohl gegeneinander als auch gegen staatliche Sicherheitskräfte kämpfen. Doch auch zwischen verfeindeten Fraktionen der Muhajir selber sowie zwischen radikalen Elementen sunnitischer und schiitischer Muslime sind Momente der Gewalteskalation keine Seltenheit. Verschlimmert wird die Situation durch die weite Verbreitung von Kleinwaffen, die meist über die Grenze zu Afghanistan ins Land gelangen. Die besonders in Karachi ausgesprochen hohe Kriminalitätsrate stellt darüber hinaus durch ihren irregulären Charakter zwar keine direkte Bedrohung für den pakistanischen Staat an sich dar. Der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in vielen von der Drogen- und Waffenmafia kontrollierten Teilen der Stadt ist aber ein Indiz für die häufige Ohnmacht des Staatsapparates in den äußeren Provinzen des Landes. Es scheint, als würde die Fragmentierung Pakistans zu einem gewissen Grad nur durch die Beschwörung einer von dem indischen Nachbarstaat ausgehenden, gemeinsamen äußeren Bedrohung verhindert.

Die vom ehemaligen Präsidenten Musharraf nach den Ereignissen des 11. September 2001 initiierte Annäherung Pakistans an die Vereinigten Staaten führte in vielen Teilen des Landes zu einer erheblichen Radikalisierung militanter Islamistengruppen und einer weiten Verbreitung terroristischer Akte. Auch nachdem 2002 mehrere dieser Gruppen verboten wurden, dauert die Serie gewalttätiger Anschläge, vor allem gegen die Polizei, religiöse Stätten, belebte Plätze und Orte, die für westliche Interessen stehen, an. Im Jahr 2008 kam es zu über 500 terroristischen Anschlägen unterschiedlichen Ausmaßes. Als Reaktion auf das 2007 verübte Attentat auf Benazir Bhutto drohte Pakistan in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand zu versinken. Besonders der bewaffnete Konflikt zwischen der neugeformten Rebellen Koalition Tehrik-i-Taliban Pakistan und pakistanischen Regierungstruppen löste Besorgnis aus. Die neue Gruppierung zielt auf einen Regierungswechsel ab, bei dem ein Taliban Regime und das Gesetz der Sharia in Pakistan etabliert werden soll. In den bewaffneten Auseinandersetzungen kamen mehr als 3000 Menschen ums Leben. Nach wie vor gilt Pakistan als Rückzugsgebiet der Taliban und für ihr Widererstarken wird zu einem Großteil die pakistanische Unfähigkeit/ der Unwille zur entschlossenen Bekämpfung der Taliban im Inland verantwortlich gemacht. Einschlägigen Quellen zufolge soll es weiterhin Unterstützer der Taliban in den militärischen und sicherheitsdienstlichen Kreisen Pakistans geben. In jüngster Vergangenheit zeigte die pakistanische Armee jedoch ein deutlich entschlosseneres Auftreten in der Bekämpfung des Terrorismus. Zahlreiche Offensiven wurden letztlich mit dem Tod des Therik-i-Taliban Anführers Baitullah Mehsud belohnt, ein Umstand der das Vertrauen westlicher Mächte in die pakistanische Führung und Armee deutlich steigerte.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Die Islamische Republik Pakistan liegt im südlichen Asien und grenzt im Osten an Indien und im Westen an Afghanistan und Iran. Im äußersten Nordosten teilt es eine kurze Grenze mit China. Die Hauptstadt Pakistans ist Islamabad. Das Land umfasst eine Fläche von rund 800.000 Quadratkilometern. Offiziellen Angaben zufolge betrug die Bevölkerungszahl im Jahre 2005 162,42 Millionen. Pakistan unterteilt sich in vier Provinzen: Belutschistan, North West Frontier Province, Punjab und Sindh. Darüber hinaus gibt es noch Stammesgebiete unter Bundesverwaltung. Der seit 1947 von Pakistan kontrollierte Teil Kaschmirs (Azad Jammu & Kaschmir) verfügt über eine weitgehend autonome interne Verwaltung und erstreckt sich über eine zusätzliche Fläche von 13.300 qkm und rund 3 Mio. Einwohner. Die Volksgruppe der Punjab bildet die ethnische Mehrheit im Land und umfasst etwa zwei Drittel der Bevölkerung. Andere größere Gruppen sind die Sindhis (24-32%), Paschtunen (13%), Baluchis (4%) und Muhajir (8-18%).

Die Politische Situation in der Region:

Die Lage in Südasien gilt wegen den andauernden Spannungen zwischen Pakistan und Indien, die beide als inoffizielle Atomkräfte gelten, als unsicher. Seit der Teilung des Sub-Kontinents im Jahr 1947 ist der Kaschmir-Konflikt das zentrale Problem in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. Zusätzlich verschärft wird die gesamte Sicherheitslage der Region durch die weiterhin instabile Situation in Afghanistan.

Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 war Pakistan eins der wenigen Länder, das diplomatische Beziehungen zum Taliban-Regime in Afghanistan unterhielt. Neben einem starken wirtschaftlichen Interesse an Afghanistan, ist Pakistan vor allem wegen der engen Stammesverflechtungen im Grenzgebiet von Bedeutung.

Wegen der schwierigen Sicherheitslage mit Indien bemüht sich Pakistan um militärische Absicherung durch Drittstaaten, dabei kommt China eine bedeutende Rolle zu. Außerdem bemüht sich Pakistan um ein möglichst spannungsfreies Verhältnis zu Iran und sucht den Kontakt zu den Golfstaaten, vor allem Saudi-Arabien und die VAE, dies hauptsächlich mit Blick auf die Aufnahme von pakistanischen Gastarbeitern durch diese.

Grenzprobleme:

Der Kaschmir-Konflikt

Seit sich Britisch-Indien 1947 in das muslimische Pakistan und das säkulare Indien aufteilte, streiten sich beide Länder um den territorialen Status der in ihrem Grenzgebiet liegenden Region Kaschmir. Trotz ihrer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung wurde die umstrittene Provinz ursprünglich Indien zugesprochen. Eine militärische Intervention Pakistans führte zu einem bewaffneten Konflikt, der 1949 endete, nachdem die Vereinten Nationen eine Waffenstillstandslinie ausgehandelt hatten. 60 Prozent der Landesfläche Kaschmirs fielen Indien zu, der Rest ging an Pakistan. Die Feindschaft zwischen beiden Ländern dauerte jedoch unvermindert an. 1965 provozierte Pakistan eine erneute militärische Auseinandersetzung, die erst durch erfolgreiche Vermittlung der damaligen Sowjetunion beigelegt wurde, am Status quo von 1949 aber nichts Wesentliches änderte. Im Rahmen der 1971 mit der Unabhängigkeitserklärung Ost-Pakistans einhergehenden politischen Unruhen kam es wieder zu Kämpfen zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir. Von 1980 an unterstützte die pakistanische Regierung offenbar im indischen Teil Kaschmirs operierende Guerilla-Gruppen mit anti-indischer Zielsetzung.

Der Konflikt erhielt eine neue, gefährliche Dimension, seitdem beide Staaten seit 1998 über einsatzfähige Kernwaffen verfügen. Zwar folgte auf die indo-pakistanische Erklärung von

Lahore Anfang 1999 kurzfristig eine scheinbare Phase der Entspannung, bereits im Mai und Juni folgte aber eine erneute Serie von gewaltsamen Auseinandersetzungen entlang der Waffenstillstandslinie, insbesondere in der Gegend um die Stadt Kargil. Die verschärften Spannungen dauerten im Laufe der Jahre 2000 und 2001 an. Immer wieder kam es zu sporadischen Artilleriegefechten beidseits der Grenze. Ein Bombenanschlag auf das indische Parlament im Dezember 2001, für den Indien von Pakistan unterstützte Terroristen verantwortlich machte, zog eine dramatische Zuspitzung des Kaschmir-Konfliktes nach sich. Die massive Streitkräftemobilisierung sowohl Indiens als auch Pakistans in der Region ließ einen offenen, ausgewachsenen Krieg zwischen beiden Länder wahrscheinlicher denn je erscheinen. Erst als Präsident Musharraf im Januar 2002 ankündigte, zwei in Kaschmir tätige islamistische Gruppen zu verbieten und daraufhin begann, mit pakistanischen Sicherheitskräften gegen anti-indische Aktivisten vorzugehen, entspannte sich die Lage.

Obwohl Angriffe militanter Islamisten gegen Hindus in Kaschmir im Laufe der Jahre 2002 und 2003 weiter zunahmen, schien sich eine langsame und vorsichtige Annäherung zwischen Indien und Pakistan abzuzeichnen. Im Oktober 2002 einigten sich beide Länder darauf, ihre Truppen entlang der Demarkationslinie um erhebliche Teile zu reduzieren. Und nachdem im Mai 2003 als Folge der „hand of friendship“-Rede des indischen Premierministers Atal Bihari Vajpayee volle diplomatische Beziehungen zwischen Indien und Pakistan wiederhergestellt wurden, konnte im November 2003 ein Waffenstillstand auf unbeschränkte Zeit beschlossen werden. Der auf einem Gipfeltreffen 2004 eingeleitete Dialogprozess führte zu der Implementierung verschiedener Vertrauensbildender Maßnahmen, wie etwa die Wiederbelebung von zwei Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Staaten in den Jahren 2005 und 2006. Noch im September 2008 wurde vereinbart, den Handelsaustausch über die „line of control“ zuzulassen.

Wenige Wochen später wurde der Dialogprozess jedoch erneut und durch einen Anschlag gestört und, da die indische Regierung pakistanische Täter für die Anschläge von Mumbai vom 26.11.2008 verantwortlich machte, daraufhin auch unterbrochen.

Regionale Rüstungskontrolle:

Weder Pakistan noch Indien sind dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen (NPT) beigetreten. Damit entziehen sich beide Staaten einer institutionalisierten Kontrolle durch die IAEA. Auch die Unterzeichnung des bislang noch nicht in Kraft getretenen Umfassenden Teststoppvertrages wird von beiden Staaten verweigert. Dementsprechend existiert keinerlei regionale Rüstungskontrolle, nicht einmal für die vorhandenen nuklearen Arsenale. Nach den erfolgreichen Atomwaffentests Indiens und Pakistans 1998 haben beide Staaten jedoch ein einseitiges Teststopp-Moratorium verkündet.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der UN-Peacekeeping Mission UNMOGIP (United Nations Military Observer Group in India and Pakistan) sind derzeit 44 Beobachter vor Ort. Chile und Uruguay stellen dabei jeweils zwei Beobachter, Dänemark vier, Finnland fünf, Italien und Schweden jeweils sieben, Dänemark acht und Südkorea neun Beobachter. Auch Großbritannien hat im Rahmen dessen einige Soldaten vor Ort stationiert.

Des Weiteren führt die Hauptversorgungsrouten US-amerikanischer Soldaten in Afghanistan durch Pakistan. Mehr als die Hälfte des Nachschubs der Truppen wird im pakistanischen Hafen Karatschi umgeladen und von dort aus nach Afghanistan transportiert.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Pakistan 86 Prozent im Jahre 2008 und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren beinahe gleichgeblieben. Im Vergleich zu anderen asiatischen Staaten, weist Pakistan, hinter Bangladesh und Sri Lanka, die höchste Rate an Technologiepiraterie in dieser Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2008 auf geschätzte 159 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2008

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status Pakistan	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1970	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1973	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1979	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1980	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1991	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 1997	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 1999	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2005	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar:

Trotz der vorherrschenden anti-amerikanischen Stimmung, massiver Proteste und sich häufender Angriffe auf Orte die für westliche Interessen stehen, bleibt Pakistan ein wichtiger Verbündeter im „Kampf gegen den Terror“. Mit dem Beitritt zur Internationalen Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen zu Beginn 2009 unterstreicht Pakistan seine Rolle.

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status Pakistan	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2000	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2000)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2000)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2001)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar:

Pakistan ist ein wichtiges Zielland des internationalen Frauenschmuggels. Experten schätzen, dass täglich 100 bis 150 Frauen, zum größten Teil aus Myanmar und Bangladesch, illegal nach Pakistan eingeschleust und an Bordellbesitzer verkauft werden. Es wird vermutet, dass allein 200.000 Frauen aus Bangladesch in Pakistan illegal als Prostituierte arbeiten. Die weitgehende Untätigkeit der pakistanischen Behörden wird von Menschenrechtsorganisationen bemängelt.

Pakistan ist darüber hinaus eine zentrale Drehscheibe im internationalen Drogenhandel. Sowohl Cannabis als auch Mohn werden im Land angebaut. Afghanisches Opium wird in Pakistan zu Heroin verarbeitet, bevor es nach Europa oder Nordamerika exportiert wird.

Pakistan ist auch ein großer Produzent von Kleinwaffen. Der Small Arms Survey nimmt an, dass in Pakistan hergestellte Waffen nicht-staatliche Akteure in Indien sowie Widerstandsgruppen in Kaschmir, im Nahen Osten und in Europa erreichen. Die Nähe zu Afghanistan macht Pakistan zudem auch zu einem wichtigen Durchfuhrland des illegalen Kleinwaffenhandels. Staatliche Kontrollen sind minimal.

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status Pakistan	Quelle
Völkermord-Konvention von 1948	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1949	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch 2009
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1949 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1977	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2009
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 1998	Nicht beigetreten	http://www.un.org/law/icc/
Anti-Korruptions-Konvention von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org

3.6.4 UN-Berichterstattung

Pakistan berichtet im Rahmen des UN-Waffenregisters regelmäßig über Rüstungsimporte. Informationen über Waffenexporte werden jedoch zurückgehalten. Im Rahmen der Berichterstattung über Militärausgaben an die Vereinten Nationen hat Pakistan keine Daten übermittelt.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

Die formal existierenden Gesetze zu Waffenexportkontrollen in Pakistan geben theoretisch keinen Grund zur Kritik. Es bestehen Regulierungsmechanismen sowohl für den Export wie auch für den Retransfer von Waffen, die offiziell auch das Potential der illegalen Weiterverbreitung mitberücksichtigen. Für den Export werden authentifizierte Endverbraucher-Zertifikate verlangt und im Falle eines Retransfers von Waffen, muss der ursprünglich exportierende Staat benachrichtigt werden.

Dennoch war Pakistan in der Vergangenheit in den Fokus des Interesses gerückt, nachdem

bekannt wurde, dass der führende pakistanische Nuklearforscher und „Vater der pakistanischen (islamischen) Bombe“ Abdul Qadeer Khan Kopf eines internationalen Netzwerkes war, das illegal Technologien, Atomwaffenfähiges Material und Know-how an Staaten wie Iran, Libyen und Nordkorea weitergegeben hat. Khan, pakistanischer Nationalheld und ein enger Vertrauter und Berater in nuklearen Fragen des früheren Präsidenten Musharraf, wurde daraufhin auf Druck der Vereinigten Staaten von Musharraf entlassen. Nach einer öffentlichen Bitte um Verzeihung begnadigte Mausharraf Khan, wobei bis heute nicht gänzlich geklärt werden konnte, in wie weit die damalige pakistanische Regierung in den brisanten Wissenstransfer verstrickt war.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Stand: April 2009):

Die pakistanische Wirtschaft konnte in den vergangenen Jahren hohe reale Wachstumsraten aufweisen. Dieser positive Trend kam im letzten Jahr zu einem schnellen Ende. Nach einem Wirtschaftswachstum von 7% im Haushaltsjahr 2006/2007 ist die pakistanische Wirtschaft im Haushaltsjahr 2007/2008 lediglich um 5,7% gewachsen. Für das Jahr 2008/2009 prognostiziert der Internationale Währungsfonds lediglich ein Wachstum von 2,5%. Die pakistanischen Devisenreserven sanken im Jahr 2008 rapide ab. Im Herbst 2008 schloss PAK mit dem IWF eine Übereinkunft über ein Stand-by-Agreement, i.d.H. von 7.6 Mrd. USD. Eine Zahlungsbilanzkrise konnte so verhindert werden, nachdem angesichts eines stark wachsenden Handelsbilanzdefizits Pakistan kurz davor stand, seine Importe nicht mehr bezahlen zu können.

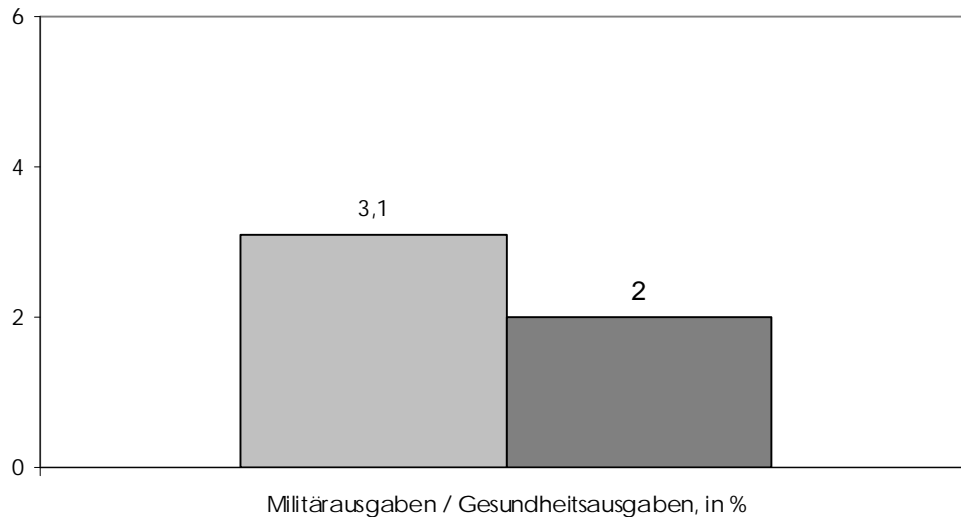
Grundlage des IWF Abkommens ist ein Reformprogramm der Regierung, mit dem in erster Linie die gesamtwirtschaftliche Stabilität des Landes wiedergewonnen werden soll. Es beinhaltet folgende Kernelemente:

- Reduzierung des Haushaltsdefizits von 7,7% auf 4,3% des Bruttoinlandsprodukts durch Abbau von Subventionen im Energiesektor;
- Einstellung der Finanzierung des Haushaltsdefizits über Anleihen bei der Zentralbank;
- Geldpolitische Straffung durch Zinserhöhungen;
- Flexibilisierung des Wechselkurses;
- Privatisierung von Staatsunternehmen.

Bisher verläuft der Stabilisierungsprozess Pakistans nach Einschätzung des IWF und anderer Beobachter erfolgreich. Die Perspektiven für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bleiben aber volatil.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Pakistan/Wirtschaft.html>

Schaubild 5: Vergleich Anteile Militärausgaben und Gesundheitsausgaben am pakistanischen BIP/GDP



Quellen:

SIPRI Jahrbuch 2009 (Militärausgaben)

WHO, World Health Statistics 2009 (Gesundheitsausgaben)

Tabelle 7: Absolute Auslandsverschuldung und Anteil am BIP 2004-2008

	2004	2005	2006	2007	2008
Auslandsverschuldung	36749	33158	34765	38304	-
Anteil am BIP (in Prozent)	36,2	30,3	28,1	28,2	-

Angaben in constant Mio. US\$ (2005)

Quelle: Weltbank, World Development Indicators

Kommentar:

Die Gefahr, dass in Pakistan unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist sehr groß. Obwohl die Militärausgaben in den vergangenen Jahren leicht zurückgegangen sind und die Stärke der Streitkräfte seit mehreren Jahren konstant geblieben ist, sind die Militärausgaben insgesamt mit einem prozentualen Anteil von 21,7 % am Staatshaushalt (2007) sehr hoch, deutlich höher wie beispielsweise in Indien (2007: 16,5).